

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

Kommunalpolitik kann wirklich kompliziert sein. Manchmal sind es aber auch Einzelne, die sie kompliziert machen. Beispielhaft wären da die AfD und der bislang fraktionslose Kreistagsabgeordnete Burghard Schalhorn zu nennen, die glaubten, dass dieser durch seinen Beitritt zur AfD-Fraktion Wirtschaftsausschussvorsitzender werden könnte. Dieser „geniale Coup“ war offensichtlich nicht zu Ende gedacht. Schalhorn hat es nichts gebracht. Vielmehr hat er dadurch seinen Sitz im Hauptausschuss verloren.

In einem Jahr ist Kommunalwahl, und da will Schalhorn wieder mit seiner KWGP antreten, die ähnliche Ziele wie die AfD verfolgt und deren schärfste Konkurrenz sein wird. Ob seine Mitwirkungsmöglichkeiten, die er immer wieder vor Gericht hat einklagen wollen, vor diesem Hintergrund sich jetzt wirklich verbessern, muss sich noch zeigen. Auf jeden Fall ist er abhängig von der AfD.

Der andere, der Politik im Kreistag schwierig macht, ist Hannes Birke, ehemals Fraktionsvorsitzender der SPD, seit fast 50 Jahren Kreistagsabgeordneter und jahrzehntelang Finanzausschussvorsitzender. Ohne Zweifel hat Birke Meriten, und in besseren Zeiten war er der unbestrittene Finanzexperte seiner Fraktion. Heute ist sein politisches Handeln mehr von Profilierungssucht geprägt. 10 Mio. hierfür, 10 Mio. dafür – das hat nichts mit seriöser Finanzpolitik zu tun. Beim Katastrophenschutz haben CDU und Grüne anstelle dessen realistische 1 Mio. beantragt und einstimmig durchgebracht. Hier sind nicht einmal die eigenen Genossen Birkes 10 Mio. gefolgt.

Den Nachtragshaushalt und die Kreisumlagen senkung haben CDU und Grüne unaufgeregt und ohne Getöse durchgebracht – mit klarer Linie, Augenmaß und dem Bemühen, die Kommunen im Kreis zu stärken und gleichzeitig ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen.

Herzlichst. Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Millionen-Nachtrag und Kreisumlagensenkung

22 Tagesordnungspunkte mit zahlreichen Unterpunkten umfasste der Kreistag am 27. April, und er drohte, sich unendlich lang hinzuziehen. Denn völlig überraschend hatte Burghard Schalhorn, Vorsitzender der KWGP und fraktionsloses Mitglied des Kreistages sich der AfD-Fraktion angeschlossen. Künftig wird diese Fraktionsgemeinschaft unter dem Kürzel AfD/KWGP firmieren. Durch diesen Zusammenschluss kommt die AfD nunmehr zu 4 Abgeordneten, genauso wie die FDP. Das führte dazu, dass die AfD beantragte, alle Wahlstellen im Jugendhilfeausschuss neu zu besetzen. Darüber hinaus beanspruchte sie den Posten des Vorsitzenden im WRV (Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr) sowie den stellvertretenden Vorsitz im Finanzausschuss, da bei diesen Positionen die neue Fraktionsgemeinschaft auf Gleichstand bei den Zugriffsrechten kommt und nach Auffassung der AfD es zum Losentscheid hätte kommen müssen. WRV-Vorsitzender sollte Schalhorn werden, der AfD-Fraktionsvorsitzende Noack stellvertretender Finanzausschussvorsitzender.

Kein Ausschuss-Vorsitz für AfD/KWGP

Die ganze Aufregung war allerdings unnötig, weil die Kommunalaufsicht entschied, dass Neuwahlen bzw. Losentscheid nur notwendig geworden wären, wenn sich durch den Beitritt Schalhorns zur AfD-Fraktion die Zusammensetzung des Ausschusses verändert hätte. Dies war nur im Jugendhilfeausschuss der Fall, und so verlor lediglich die CDU hier einen Sitz. Der Punkt 7 (Umbesetzungen) mit 14 Unterpunkten in der Tagesordnung hatte somit schnell seinen Schrecken verloren, und Kreispräsident Helmuth Ahrens handelte ihn in gewohnt souveräner Art und Weise zügig ab. blieb nur die Enttäuschung auf Seiten der AfD und Schalhorns, der sich wohl bereits als Wirtschaftsboss im Kreis Pinneberg gesehen hatte.

Gedenkminute für Verstorbene

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Kreistag dreier Kommunalpolitiker aus dem Kreis: Dr. Brigitte Fronzek, ehemalige Bürgermeisterin der Stadt Elmshorn, Volker Hühn, ehemaliger Kreistagsabgeordneter der CDU aus Uetersen und der ehemalige Kreispräsident Dietrich Anders sind seit der letzten Sitzung verstorben. „Mit diesen Dreien verlieren wir Kommunalpolitiker, die viel für die Menschen im Kreis Pinneberg getan haben“, würdigte Helmuth Ahrens die Verdienste der Verstorbenen und ihr bürgerschaftliches Engagement.

Anschließend bezog er mit nachdenklichen Worten Stellung zum russischen Überfall auf die Ukraine und dankte den zahlreichen

Flüchtlingshelferinnen und -helfern. Er habe den russischen Generalkonsul in Hamburg angeschrieben und dafür appelliert, dass in dem Konflikt „nicht Waffen, sondern Worte wieder Gehör finden müssten“. Außerdem habe er der ukrainischen Generalkonsulin sein Mitgefühl für die Menschen in der Ukraine übermittelt.

Weiterhin gab er bekannt, dass mit Peter Botter (SPD) von der Insel Helgoland und Ortwin Schmidt (CDU) aus Barmstedt zwei Kreistagsabgeordnete mit der Freiherr-vom-Stein-Nadel ausgezeichnet worden seien.

Differenzierte Kreisumlage vom Tisch

Die restliche Tagesordnung wurde zügig und diszipliniert abgearbeitet. Die Finanzausschussvorsitzende Britta Krey brachte sachlich und fachlich fundiert den Nachtragshaushalt 2022 ein, der letztlich gegen die Stimmen von SPD und AfD mit 35 : 19 beschlossen wurde. Lediglich zur Kreisumlage und zum Katastrophenschutz gab es einige Scharmützel mit der SPD, bei der aber nicht der Fraktionsvorsitzende Hans-Peter Stahl das große Wort führte, sondern sein Vorgänger Hannes Birke. Die Kreisumlage wurde um 2,55 % gesenkt, eine differenzierte Kreisumlage, wie die SPD sie wünscht und bei der die großen Städte noch mehr entlastet, einige ganz kleine aber stärker belastet würden, wird es nicht geben.



Ganz zum Schluss versuchte Stahl die teilweise absurden Einlassungen Birkes mit etwas versöhnlicheren Worten wieder einzufangen. Zu beiden Themen können Sie Pressemitteilungen auf Seite 2 dieses Newsletters sowie die Nachtragshaushaltsrede der CDU-Fraktionsvorsitzenden auf Seite 3 nachlesen.

Selenogradsk e.V. endgültig aufgelöst

Schon seit mehr als 5 Jahren ruhen die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen dem Kreis Pinneberg und dem Rayon Selenogradsk. Schon damals war die Partnerschaftsarbeit, insbesondere der Partnerschaftsvereine auf beiden Seiten erschwert, auch wenn die Kriegsabsichten der russischen Föderation noch nicht ersichtlich waren. Nach dem Verbot und der Anklage gegen die russische Vereinsvorsitzende war die Auflösung des deutschen Vereins „Selenogradsk“ vorprogrammiert. So hat der Kreistag nun beschlossen, dass das restliche Vermögen des Vereins an den Kreisjugendring und den Kreissportverband gehen solle.

Pressemitteilungen der Kreistagsfraktion

Katastrophenschutz mit Augenmaß

CDU begegnet SPD-Aktivismus mit realistischem Antrag.

Nach den Hochwasserkatastrophen 2021 hatte die CDU-Fraktion in einer Anfrage an die Landrätin deutlich gemacht, dass künftig veränderte und vermehrte Anforderungen an den Katastrophenschutz auf den Kreis zukommen würden. Sowohl entsprechende Mehrinvestitionen in eine zweckmäßige und funktionsfähige Ausrüstung als auch eine Überarbeitung und Ergänzung des bisherigen Modul- und Katastrophenschutzkonzeptes seien notwendig. Das erfordere einen zeitaufwendigen Prozess und enge Abstimmung mit allen Beteiligten. Andererseits zeigten aktuelle Rückmeldungen aus dem Katastrophenschutz, dass auch kurzfristiger Handlungsbedarf im Bereich der Anschaffungen bestehe, erklärt Dr. Tobias Löffler für die CDU-Kreistagsfraktion.

Auch die SPD habe nun reagiert und beantragt, in den Nachtragshaushalt einfach pauschal 10 Mio. Euro einzustellen, ein Förderprogramm zu erarbeiten und die Mittel bis 2024 auszugeben. Löffler hält die Planung der SPD angesichts der langen und schwankenden Bestellfristen für unrealistisch. Zudem binde die Erstellung eines weiteren Programms Ressourcen für die bereits bestehenden Katastrophenschutzaufgaben. Er teile zwar die Auffassung der Notwendigkeit eines Sofortprogramms für Material- und Ausrüstungsbeschaffungen. Dabei sollte der Begriff „Sofortprogramm“ aber auch wörtlich genommen werden: Anschaffungen noch in diesem Jahr. Deshalb schlägt die CDU-Fraktion in einem Änderungsantrag für den Kreistag vor, 1 Mio. Euro für dringliche Beschaffungen in den Nachtrag einzustellen. Auf die Erarbeitung eines Förderprogrammes könne man nicht warten, wie die SPD es vorhabe, so Löffler. Träger, die im Kreis Pinneberg den Katastrophenschutz organisieren, sollten die Möglichkeit haben, mit möglichst wenig Bürokratie noch in diesem Jahr an finanzielle Mittel zu gelangen. Diese sollten ausschließlich für dringend benötigte Ersatz- und Neubeschaffungen wie Fahrzeuge, Gerät und Material genutzt werden.

„Um die Anträge möglichst schnell abwickeln zu können, sollten sie nach kurzer Vorprüfung durch die Verwaltung direkt an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung gestellt werden“, fordert Löffler. Aufbauend auf den Erkenntnissen aus den jüngsten Hochwasserkatastrophen will die CDU die Verwaltung beauftragen, zum Haushalt 2023/2024 ein mit breiter fachlicher Beteiligung überarbeitetes Katastrophen- und Modulkonzept für den Kreis Pinneberg zu erarbeiten. Dieses sei im Kreis grundsätzlich gut aufgestellt; um auf kurzfristige, neue Situationen und die jeweilige Marktsituation reagieren zu können, müssten jedoch Anzahl, Art und Zeitpunkt von Material- und Fahrzeugbeschaffungen überprüft und flexibilisiert werden. Außerdem sollten neue Möglichkeiten der Ehrenamtsförderung auf Kreisebene in das zukünftige Konzept einfließen. „Nur mit finanziellen Mitteln wird ein funktionierender Katastrophenschutz nicht möglich sein, ohne ihn für die vielen beteiligten Ehren- und Hauptamtlichen attraktiv und sicher zu gestalten“, mahnt Heike Beukelmann, Fraktionsvorsitzende der CDU, an.

Engagement der Jugend stärken

Die CDU-Kreistagsfraktion will die Jugendarbeit bei den Hilfsorganisationen nachhaltig stärken. „Viele dieser Organisationen bringen sich in vorbildlicher Weise in die Aufnahme, Betreuung und Versorgung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine ein und setzen dabei auch viele Jugendliche ein“, erklärt Ortwin Schmidt (CDU) für seine Fraktion.

Die Fördermittel für die Jugendarbeit der Hilfsorganisationen von DRK, DLRG, THW, Jugendfeuerwehren und vielen anderen seien für 2022 aber nicht auskömmlich. Bei der Verwaltung lägen Anträge in Höhe von ca. 20.000 Euro vor, die aus dem bestehenden Haushaltstitel nicht mal zur Hälfte gedeckt werden könnten. Darum fordere die CDU in einem Antrag für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21. April, den Haushaltsansatz von 7.500,- auf 20.000 Euro anzuheben.

„Die Nachwuchsgewinnung für die Hilfsorganisationen ist eine vordringliche Zukunftsaufgabe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb müssen für diese Jugendarbeit attraktive Bedingungen geschaffen werden“, fordert Schmidt. Insbesondere in der Aufnahmestation für Ukraineflüchtlinge habe sich die Jugendarbeit erneut als segensreich bewährt, lobt die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann. „Junge Menschen in den Hilfsorganisationen arbeiten mit großem Einsatz in der Aufnahmestelle in Wedel“. Dieses bürgerliche Engagement brauche aber nicht nur Lob und Anerkennung, sondern vielmehr auch finanzielle Unterstützung.

30 statt 20 Ausfalltage

CDU und Grüne mit gemeinsamem Antrag zur Kinder-Tagespflege.

Im Kreis Pinneberg hat sich mit dem Inkrafttreten der Kita-Reform das Abrechnungsverfahren geändert. Im Kreis Pinneberg werden Kindertagespflegepersonen mit 20 Ausfalltagen als zusätzliche freiwillige Leistung bei Krankheit oder Urlaub entschädigt. Insbesondere die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass die Zahl der Ausfalltage deutlich höher sei, haben CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag erkannt. Außerdem würden die Berechnungen in der Kreisverwaltung hohen personellen Aufwand erzeugen. Um die Tätigkeit der Tageseltern weiterhin attraktiv zu gestalten, haben beide Fraktionen nun einen Antrag an den Jugendhilfeausschuss am 21. April gestellt, in dem sie die Anhebung der Ausfalltage von 20 auf 30 Tage fordern.

Diese Regelung solle bereits für das noch nicht abgerechnete Jahr 2021 zutreffen und weiter fortbestehen, erklärt Ortwin Schmidt, jugendpolitischer Sprecher der CDU. „Die Tagespflegepersonen leisten mit ihrer Arbeit einen eminent wertvollen Beitrag zur Kinderbetreuung im Kreis Pinneberg“, so Schmidt. Beide Fraktionen hätten sich intensiv mit der Situation der Tagespflegepersonen befasst, die nur bedingt Möglichkeiten hätten, ihre Ausfallzeiten wirtschaftlich zu kompensieren. Denn die Tagespflege sei zwar formal selbstständig tätig, könne aber keine Zusatzbeiträge erheben. Große Rücklagen fehlten daher oft. Ein Anspruch auf 30 Tage erscheine auch mit Blick auf die wichtigen Erholungszeiten angemessen.

CDU: Kreisumlage nicht über die Köpfe der Kommunen hinweg

Alle zwei Jahre, wenn der Kreistag den Doppelhaushalt beschließt, stellt sich für die Städte und Gemeinden eine wichtige Frage: Die Höhe der Kreisumlage, die Abgabe, die Städte und Gemeinden an den Kreis zur Erfüllung seiner Aufgaben leisten müssen. Über einen langen Zeitraum hinweg war sie die höchste im ganzen Land und hatte zeitweilig sogar an der 40%-Marke gekratzt. Einzelne Kommunen im Kreis Pinneberg beklagen nun, dass die meisten Fraktionen sich bisher nicht zu der für viele Städte und Gemeinden existentiellen Frage der Kreisumlage geäußert hätten. Schließlich habe Hannes Birke, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der SPD doch bereits einen Antrag an den Hauptausschuss gestellt, in dem er eine Senkung der Umlage um 2,5 auf 31,45 % fordere.

Britta Krey, Finanzausschussvorsitzende im Kreistag und finanzpolitische Sprecherin der CDU zeigt sich erstaunt, dass zeitgleich mit dem Antrag, der das Anhörungsverfahren zur Festsetzung des Umlagesatzes für die Kreisumlage überhaupt erst einleitet, die SPD bereits den Satz festlegen wolle. Das Verfahren laufe laut Krey nach genauen Vorgaben ab und sei gesetzlich vorgeschrieben. Terminiert sei die Anhörung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Verwaltungsleitungen im April. Vorher träfen sich die Kämmerer der Kommunen mit den Finanzexperten des Kreises. Außerdem müssten die Städte und Gemeinden sich noch schriftlich zu ihrer eigenen Finanzlage äußern. Danach werde die Kreisverwaltung der Politik einen Vorschlag über die Höhe der Umlage unterbreiten. Dass die SPD vor diesem Hintergrund Städte und Gemeinden total ignoriere, habe die CDU mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. „In der morgigen Finanzausschusssitzung soll das Anhörungsverfahren beschlossen werden, unter dem gleichen Tagesordnungspunkt will die SPD dann aber auch gleich die Höhe der Umlage festlegen. Das ist Slapstick“, so die Vorsitzende des Hauptausschusses Heike Beukelmann.

Darüber hinaus fordere die SPD auch noch eine differenzierte Kreisumlage, bei der die meisten zwar ein wenig entlastet, einzelne Gemeinden aber erheblich mehr belastet werden sollen. „Die SPD will die Einnahmen von 3 Gemeinden an die anderen verteilen, ohne mit diesen vorher gesprochen zu haben“, so Krey. Wahrscheinlich habe Birke auch übersehen, dass für diese Maßnahme eine Zweidrittel-Mehrheit im Kreistag erforderlich sei. Neu in das Finanzausgleichsgesetz sei sie auf Druck des Kreises Nordfriesland aufgenommen worden, wo es ein starkes Gefälle bei der Finanzkraft zwischen bitterarmen und reichen Kommunen wie Sylt gebe. Das sei in diesem Maße im Kreis Pinneberg nicht der Fall.

Die CDU wertet das Vorpreschen der SPD als eine verzweifelte PR-Aktion einer sich mehr und mehr ins Abseits manövrierenden Fraktion. „Auf keinen Fall wollen wir eine Entscheidung zur Kreisumlage über die Köpfe der Städte und Gemeinden hinweg treffen“, macht Britta Krey deutlich. Möglicherweise scheue die SPD auch die Gespräche mit den Kommunen, weil sich in den Köpfen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Verwaltungsleitungen fest eingebrannt haben könnte, mit welcher Entschlossenheit Birke vor zwei Jahren gegen eine Senkung der Umlage gekämpft habe. „Jetzt ist aber Wahlkampf, und da scheint ihm alles Recht zu sein“, so Beukelmann..

Rede der Fraktionsvorsitzenden zum Nachtragshaushalt

Herr Kreispräsident, meine Damen und Herren, wir sind unter anderem heute hier zusammen gekommen, um über einen Nachtrag zum Doppelhaushalt 2021/22 zu beraten.



Heike Beukelmann

Ein Nachtrag in einer Zeit, in der nach wie vor eine Pandemie wütet, mit ungeahnten Folgen für die körperliche und seelische Gesundheit der Bevölkerung, für die Wirtschaft und die zahllosen Vereine und Verbände, und während seit Wochen in Europa ein Krieg wütet, von dem wir alle überrascht wurden, und dessen Auswirkungen wir noch nicht erahnen können.

Zahlreiche Flüchtlinge müssen beherbergt und versorgt werden. Wir konnten dafür das alte Krankenhaus in Wedel als erste zentrale Anlaufstation und Unterbringung anmieten und einrichten. Mit Unterstützung von DRK, DLRG und anderer Organisationen, die zum Teil mit einer großen Zahl ehrenamtlicher Helfer tätig sind, war die Versorgung der Flüchtenden zügig sichergestellt. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen Beteiligten. Die monatlichen Kosten für Miete, Ausstattung der Räume, Catering, Reinigung bis hin zu den Sicherheitskräften werden im Nachtrag bereit gestellt. Sie werden aber hoffentlich zum Großteil von Bundes- und Landesmitteln kompensiert.

Angesichts der schweren Überschwemmungen im Ahrtal haben sich Mitglieder des Umweltausschusses, der Verwaltung und der im Katastrophenschutz tätigen Organisationen Anfang April getroffen, und die Verwaltung wurde beauftragt, zum Haushalt 2023/24 das Katastrophenschutzkonzept zu überarbeiten, insbesondere die Material- und Fahrzeugbeschaffung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Das bedeutet einerseits, dass ein Sofortprogramm für Fahrzeug- und Materialbeschaffung notwendig ist. Das heißt aber auch, dass wir ordentlich Geld in die Hand nehmen müssen, um die Sicherheit unserer Bürger auch in Zukunft gewährleisten zu können. Und dafür wollen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zunächst 1 Mio. Euro im Nachtrag zur Verfügung stellen – nicht, weil die beiden Fraktionen sparen wollen, sondern weil es um den tatsächlichen Bedarf geht.

Denn mehr auszugeben, wird vermutlich gar nicht möglich sein. Wenn man bedenkt, dass in diesen Zeiten schon der Kauf eines ganz einfachen PKWs oft mehr als ein halbes Jahr dauert, muss man sich ernsthaft fragen, wie lang die Lieferfristen für Spezialgerät und solche Fahrzeuge sein werden. Letztlich werden diese in anderen Bundesländern genauso dringend benötigt wie bei uns in Schleswig-Holstein. Und jeder Kommunalpolitiker, der schon einmal mit der Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs zu tun hatte, weiß doch, wie lang die Lieferfristen des im Katastrophenschutz erforderlichen Materials und entsprechender Fahrzeuge tatsächlich sind.

Wir werden in den kommenden Jahren den Katastrophenschutz den modernen Erfordernissen und den klimatischen Bedingungen anpassen und auch das dafür notwendige Geld in die Hand nehmen.

Aber das werden wir in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, den haupt- und den ehrenamtlichen Kräften tun. Dabei wird die Finanzierung den wirklichen Bedürfnissen angepasst, so wie es auch in der umfangreichen Begründung unseres gemeinsamen Antrages erläutert ist.

Und wenn es am Ende des Tages mehr als 10 Millionen sein sollten, dann ist das okay. Nicht in Ordnung ist ein aus dem hohlen Bauch heraus gegriffener Betrag von 10 Millionen, für den es zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keinen sachlichen Grund gibt. 10 Mio. Euro in die Hand zu nehmen ist populistisch.

Übrigens ist dem Ausbau des Katastrophenschutzes indirekt auch unser Antrag im Jugendhilfeausschuss auf Ausweitung der Zuschüsse für die Jugendlichen in Hilfsorganisationen zuzurechnen. Hier sind wir aktuell um Unterstützung gebeten worden. Dieser Bitte kommen wir gerne nach. Denn ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer kann unsere Versorgung gerade in Notzeiten gar nicht aufrecht erhalten werden. Aber fast alle Organisationen, in denen diese jungen Menschen ehrenamtlich tätig sind, haben Nachwuchssorgen, und deshalb ist es uns ein Bedürfnis, hier mit unserem Antrag ein wenig Hilfestellung zu leisten. Es nützt nämlich nichts, teure Gerätschaften anzuschaffen, wenn man das Personal nicht hat, sie zu bedienen. Darum ist es genau so wichtig, das Ehrenamt zu stärken, wie Anschaffungen zu tätigen. Und auf jeden Fall wichtiger als einfach eine gegriffene Zahl in den Raum zu stellen.

Das ist aber nicht der einzige gemeinsame Antrag von CDU und Grünen. Die Kommunen warten auf ein deutliches Signal der Entlastung ihrer zum Teil strukturell defizitären Haushalte. Deshalb haben wir uns zur Senkung der Kreisumlage um weitere 2,55% Punkte entschlossen. Falls jemand mutmaßen sollte, dass wir mit diesem um 0,05 Prozentpunkte dem gegenüber der SPD weitergehenden Antrag erreichen wollen, dass unserer zuerst abgestimmt wird, dann möchte ich klarstellen, dass sie ja auch selbst mal darauf hätten kommen können, die zweite Stelle hinter dem Komma dadurch zu beseitigen.

Und da wir noch nicht wissen, wie die finanzielle Entwicklung des Kreises angesichts der aktuellen Lage sich im Laufe des Jahres entwickeln wird, haben CDU und Grüne beantragt, im 4. Quartal dieses Jahres sich mit Vertretern von Städten und Gemeinden, der Kreisverwaltung und der Politik zusammen zu setzen, um die finanzielle Lage neu zu bewerten und die Kreisumlage gegebenenfalls anzupassen.

Da bei der Zusammenkunft mit den hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den Verwaltungsleitern übereinstimmend erklärt wurde, dass der Wunsch nach einer differenzierten Kreisumlage nicht besteht, respektieren wir das natürlich – im Gegensatz zur SPD-Fraktion.

Auf keinen Fall wird die CDU eine Entscheidung zur Kreisumlage über die Köpfe der Städte und Gemeinden hinweg treffen. Aber das „an-den-Bedürfnissen-der-Betroffenen-vorbei-Agieren“ scheint bei der SPD Methode zu haben! Die Städte und Gemeinden wollen schlicht Sicherheit darüber haben, dass die Kreisumlage gesenkt wird und mit welcher Entlastung sie rechnen können.

Ich denke, es ist anerkennenswert, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht anstreben, noch etwas mehr Spielraum für ihre Kommunen auf Kosten von nur drei anderen anstreben. Die kommunale Familie auseinander zu dividieren, ist das Letzte, was wir in diesen Zeiten brauchen.

Einer der wichtigsten Bausteine dieses Nachtrags ist der Stellenplan. Die CDU will hier zusammen mit den Grünen das angemeldete Personalkostenbudget von gut 73 Millionen um 1 Million begrenzen, wobei bedingt durch den Flüchtlingsstrom die Stellen in der Ausländerbehörde Vorrang haben. Die Besetzung weiterer Stellen liegen in der Priorisierung und Verantwortung der Landrätin. Zusätzlich haben wir die Verwaltung aufgefordert, ein Verfahren dahingehend zu entwickeln, dass die Steuerung und das Berichtswesen in Zukunft nur noch über das beschlossene Personalbudget und nicht mehr über Stellen erfolgen soll. Und es müssen neue Personalkennzahlen entwickelt werden, um die Kreisverwaltung zielgerichteter und effizienter arbeiten zu lassen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt auf der Agenda der CDU ist die qualifizierte Betreuung der Kinder im Kreis Pinneberg. Hier wollen wir weitere 1,5 Mio. EUR für die Kitabauförderung zur Verfügung stellen. Mehr wird aller Voraussicht nach bis zu den Beratungen zum Doppelhaushalt überhaupt nicht zuteilungsfähig sein. Deshalb ist der Antrag der SPD, hier weitere 10 Mio. Euro reinzugeben, auch in diesem Fall jenseits aller Realität und schlicht und einfach als Effekthascherei zu bewerten. Und merken Sie etwas, meine Damen und Herren? „10 Millionen“ kommt den SPD Genossen offenbar leicht über die Lippen, um Wahlkampf zu machen, statt verantwortungsvoll mit Steuergeldern umzugehen.

Denn exakt diese Summe wurde von der SPD nicht nur für den Katastrophenschutz und eben die Kitabauförderung, sondern ursprünglich ja auch bei der Einrichtung eines Wirtschafts- und Technologiezentrums gefordert. Und das ist nun ein Projekt, das nicht wirklich zwingend in einem Nachtrag auf den Weg gebracht werden muss, sondern besser in einem halben Jahr bei den Doppelhaushaltsberatungen. Seien wir gespannt, ob die 10 Millionen dann noch aufrecht erhalten werden.

Aber zurück zum Thema, und ich komme nun zum letzten Antrag, den ich hier noch erwähnen möchte, und der auch den aktuellen Geschehnissen geschuldet ist. Neben der Kitabauförderung wollen CDU und Grüne die Ausfalltage für die Kitatagespflegepersonen von derzeit 20 auf 30 Tage erhöhen. Denn auch die Kitatagespflege ist in dieser Zeit besonders gefordert und nach wie vor ein wesentlicher Baustein der Kinderbetreuung. Aber auch hier ist Augenmaß und verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern gefragt, die letztlich von unseren Mitbürgern erwirtschaftet wurden.

Dieser Nachtrag ist geprägt durch eine gute Zusammenarbeit, mit der Verwaltung, aber ebenfalls zwischen CDU und Grünen, und auch zusammen mit der FDP möchten wir wesentliche Punkte heute gemeinsam auf den Weg bringen. Diese Konstellation hat viel Gutes für die Menschen auf den Weg gebracht, und ich hoffe, dass die SPD jenseits eines Landtagswahlkampfes zu einer realistischen, verantwortungsvollen Kommunalpolitik zurück kommen wird, um unseren gemeinsamen Aufgaben gerade in diesen schwierigen Zeiten gerecht zu werden.

Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

Herzlichen Glückwunsch

Nur ein originäres Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion feierte im April seinen Geburtstag. Der NewsLetter wünscht

Volker Claaßen

Nachträglich Glück, Gesundheit, Zufriedenheit und Frieden und dass er noch lange Freude an der kommunalpolitischen Tätigkeit haben möge.

Gleichzeitig gratuliert der NewsLetter

Silke Jahnke

sehr herzlich, die wenige Tage nach ihrem Geburtstag aus beruflichen Gründen die Fraktion verlassen hat.

Fraktionsvorsitzende und Geschäftsführer haben sich bei ihr für die geleistete Arbeit bedankt.



Am 8. Mai ist Landtagswahl!

4 Kandidaten stellen sich im Kreis Pinneberg für die CDU zur Wahl.

WK 21 Elmshorn:

Birte Glißmann

Im WK 22 Pinneberg-Nord:

Peter Lehnert

Im WK 23 Pinneberg-Elbmarschen:

Martin Balasus

Im WK 24 Pinneberg:

Karin Prien



Der NewsLetter wünscht den vier Kandidatinnen und Kandidaten viel Erfolg und dass sie alle in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einziehen mögen.

Splitter aus dem Kreistag

Thomas Giese (Grüne): „Der Überzug über dem Mikro ist gut, weil er nicht so viel Plastikmüll verursacht. Nur anstatt in schwarz hätte ich ihn mir in grün gewünscht“.

Kreispräsident Helmuth Ahrens: „Stellen Sie doch einen Antrag zum Nachtrag“.

Olaf Klampe (FDP): „Als 4. Redner zu sprechen, hat Vor- und Nachteile. Es ist bereits alles gesagt, und wenn ich was wiederhole, kriege ich Ärger mit dem Kreispräsidenten“.

Marianne Kolter (Linke), die über die differenzierte Kreisumlage nachdenken möchte, aber nicht zum Nachtrag: „Ich bin doch nicht verrückt, Herr Birke“.

Nach seinem Fraktionsvorsitzenden meldet sich auch Hannes Birke zum Nachtrag. Daraufhin Burkhard E. Tiemann (CDU): „Ich dachte, der sagt heute nichts“.

Darauf Helmuth Jahnke (stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD): „Die Hoffnung stirbt zuletzt“.

Zwischenruf von Thomas Grabau (Grüne) über Hannes Birke (zum Thema Katastrophenschutz): „Der hat von Tuten und Blasen keine Ahnung“.

Dr. Tobias Löffler (CDU): „Herr Birke, geben Sie das Thema Katastrophenschutz bitte wieder in die Hände dessen in Ihrer Fraktion, der sich damit auskennt - Ole Korff“.

Ole Korff (SPD): „Wer mich bestellt der kriegt mich auch“. Dem folgte „spontan“ eine vorbereitete lange Rede, abgelesen vom Manuskript.

KP Helmuth Ahrens: „Wer sich hinter diesem Beschluss verbergen kann, möge jetzt die Stimmkarte heben“.

Thomas Giese (Grüne) zu Birke: „Hannes, Du warst es immer, der beim Haushalt Wahrheit und Klarheit gefordert hat. Einfach 10 Millionen reinzuschreiben, ist nicht in Ordnung“.

Rainer Urban (fraktionslos): „Nur, was Frau Beukelmann gesagt hat, scheint mir an der Grenze des Vernünftigen zu sein. Deshalb werde ich dem CDU-Antrag zustimmen“.

Am 1. April im USO (kein Aprilscherz)!

Herr Grabau: „Herr Nojack hat sich gemeldet“. Herr Noack: „Herr Vorsitzender, mein Name ist Noack. Ich würde mich freuen, wenn Sie das endlich lernen würden“.

Grabau: „Entschuldigung, Herr Nojack. Das war keine Absicht. Das Wort hat jetzt Herr Nojack“.

In der selben Sitzung sprach Herr Grabau die Herren „Kölbi“ und „Koenia“ sowie Frau Gliiiiießmann (CDU) und „Herrn Hahn“ an.

Auflösung: Herr Kölbl (CDU), Herr König (Linke), Frau Glißmann (CDU), Herr Rahn (Hetlinger Bürgermeister).

Darauf Herr Claaßen (FDP): „Herr Gurke hat mich angerufen. Die CDU wollte mit auf den Antrag. Damit ist den Worten von Herrn Gurke nichts hinzuzufügen“ – gemeint war Eike Kuhrcke (CDU).

TERMINE:

Donnerstag, 05.05.2022, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren
Elmshorn, Kreishaus

Sonntag, 08.05.2022, 08.00 – 18.00 Uhr:
LANDTAGSWAHL

Montag, 09.05.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes
Videokonferenz

Mittwoch, 11.05.2022, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses,
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 11.05.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion,
Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 12.05.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur
und Sport - Videokonferenz

Montag, 16.05.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes
Videokonferenz

Dienstag, 17.05.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Sicherheit und Ordnung
Kreisfeuerwehrzentrale

Mittwoch, 18.05.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

Donnerstag, 19.05.2022, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses
Kreishaus Elmshorn

Montag, 23.05.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes
Videokonferenz

Montag, 30.05.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes
Videokonferenz

Dienstag, 31.05.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,
Regionalentwicklung und Verkehr,
Elmshorn, Kreishaus

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion
im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, B. E. Tiemann

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de